frauen
/ruhr/
geschichte

Albertine Badenberg

Albertine Badenberg stammte aus einer gutbürgerlichen katholischen Familie: Ihr Vater war Landvermesser und Architekt, ihre Mutter kam aus einer Wiener Offiziersfamilie. Sie war die älteste von sieben Geschwistern, von denen die meisten später im Ausland lebten, und besuchte in Steele – eine Ortschaft an der Ruhr, die damals kaum mehr als 5.000 Einwohner zählte, und 1929 von der Stadt Essen eingemeindet wurde – die höhere Töchterschule. Mit 15 Jahren lebte sie eine Zeitlang, wie in bürgerlichen Kreisen üblich, zuerst in Belgien, danach in England.

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL)

Sie ergriff den für bürgerliche Mädchen typischen Beruf der Lehrerin und absolvierte ihre Ausbildung an dem Lehrerinnenseminar der Hildegardisschule in Koblenz, an dem sie 1885 die Prüfung für Mittlere und Höhere Schulen ablegte. Im selben Jahr wurde sie Mitglied des in Koblenz gegründeten Vereins katholischer Lehrerinnen für Hessen-Nassau, Preußen und Rheinland, der 1894 in Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) unbenannt wurde. 1894 gründete bzw. organisierte Albertine Badenberg in Frankreich und England Stellenvermittlungsstellen für katholische Lehrerinnen– sowohl Französisch als auch Englisch wird sie nach ihren Auslandsaufenthalten perfekt gesprochen haben. Dem Verein ging es – so eine Broschüre anlässlich des 100-jährigen Bestehens[1] – um die „religiöse Vertiefung der persönlichen Lebenshaltung seiner Mitglieder“. Fräulein Badenberg – als Lehrerin unterlag sie dem sogenannten Lehrerinnenzölibat, d. h. dass ihr mit einer Verheiratung umgehend gekündigt worden wäre, eine Bestimmung, die in der Weimarer Republik für einige Jahre aufgehoben und dann bis 1951 Bestand hatte – spielte in dem Verband eine große Rolle. Dies kann man der Jubiläumsschrift entnehmen, wo ihr unmittelbar nach der Gründerin und langjährigen Vereinsvorsitzenden Pauline Herber (1852 – 1921) gleich eine ganze Seite gewidmet wurde.[2]

1886, mit knapp 21 Jahren, trat sie ihre erste Stelle als Lehrerin an der Laurentiusschule in Steele an und 1887 übernahm sie die Leitung der Deutschen Schule in Genua. Am 1. März 1888 starb jedoch ihr Vater, woraufhin sie nach Steele zurückkehrte und die Rolle des Familienoberhaupts übernahm. Rückblickend schrieb sie: „Ich musste also der Mutter zur Seite stehen und bin heute froh, sagen zu können, dass ich es geschafft habe, für die Ausbildung meiner Geschwister zu sorgen. …“[3] Eine beachtliche Leistung, da die Brüder Ingenieure und die Schwestern Lehrerinnen wurden. Bis auf ihre Schwester Olga, die sich als Fotografin ausbilden ließ und mit ihrem Mann, dem bekannten Fotografen Waldemar Titzenthaler, später in Berlin lebte.[4]

Albertine Badenberg blieb zeitlebens dem Verein katholischer deutscher Lehrerinnen eng verbunden, der sich u. a. für eine qualifizierte Lehrerinnenausbildung und für die rechtliche und finanzielle Besserstellung der Lehrerinnen engagierte. 1907 trat der Verein für die Hochschulreife für junge Frauen ein – was in Preußen bis 1908 nicht möglich war –, ein Jahr später für eine bessere Besoldung der Lehrerinnen in Höhe von 75 bis 80 % der Männer sowie für Fortbildungsschulen für ungelernte Arbeiterinnen.[5] Seit 1898 zählte Badenberg zu den Vorstandsmitgliedern des Vereins. Im Laufe der Jahrzehnte war sie u. a. an der Einrichtung einer Rechtsberatung, von Pensionszuschuss-, Studien- und Wohnungseinrichtungskassen sowie der Neueinrichtung der vereinseigenen Heime nach 1945 beteiligt.[6]

Frauenbewegung und Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFB)

Früh habe sie sich mit der Frauenbewegung beschäftigt, so Badenberg in ihren in den 1950er Jahren verfassten Erinnerungen: „Es war die Zeit, in der sich der Bund Deutscher Frauenvereine mächtig entwickelte und besonders unter Helene Lange und Gertrud Bäumer auch in den Kreisen katholischer Frauen lebhaft kommentiert wurde.“ Um „die Organisierung der katholischen Frauen durchzuführen“ und zugleich den liberalen Ideen entgegenzutreten, die in der von Helene Lange herausgegebenen Zeitschrift „Die Frau – Monatsschrift für das gesamte Frauenleben“ vertreten wurden, habe sie mit anderen die ab 1902 erscheinende Zeitschrift „Die christliche Frau“ konzipiert.[7] 1896 hatte Helene Lange (1848-1930) vom Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein konstatiert: „Erst durch das Frauenstimmrecht wird das allgemeine Stimmrecht zu etwas mehr als einer blossen Redensart.“ Dies war eines der ersten Plädoyers für das Frauenwahlrecht in Deutschland[8] und diese liberale und egalitäre Idee mochte Badenberg

nicht teilen.

Geteilt haben wird sie die Überzeugung der in Hacheney (heute Dortmund) geborenen Hedwig Dransfeld (1871-1925), die ab 1905 verantwortliche Redakteurin der Zeitschrift: „Denn die Frau von heute weiß, daß sie als einzelne dem Volksganzen gegenüber für gewöhnlich ohne Macht und Einfluß ist; sie muß sich ihre Organisationen selber schaffen und durch sie Macht und Einfluß gewinnen. Das ist im wesentlichen auch erreicht worden.“[9]

Und so zählte Badenberg als Vertreterin des VdkL 1903 zu den Gründerinnen des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB), dessen vorrangigstes Ziel zu Beginn die Frauenbildung war.

Diese Initiierung einer eigenständigen katholischen Frauenbewegung in Deutschland wurde in der katholischen Männerwelt weitgehend abgelehnt. Für Frauen – so argumentierte der Theologe und Zentrumspolitiker Carl Joseph Mausbach (1861-1931) – sei „das Hinaustreten aus dem Hause in die Sitzungssäle und Wahlversammlungen ein sehr zweifelhafter Tausch.“ Die „sozialen Wünsche und Bestrebungen“ der Frauen seien in der Hand der Männer doch gut aufgehoben“.[10] Der Katholische Frauenbund Deutschlands konnte daher wegen eines Einspruchs aus Rom erst ein Jahr später seine Arbeit aufnehmen, um dann drei Studienkommissionen für wissenschaftliche, soziale und karitative Belange einzurichten.[11] Albertine Badenberg war zwischen 1910 und 1936 Hauptkassiererin des Katholischen Frauenbundes und hat – wie Jahre zuvor bei der Ausbildung ihrer Geschwister – finanziell sehr geschickt agiert und taktiert und über die Organisation von Lotterien u.a. den Bau eines Bildungsheims, einer Sozialen Frauenschule in Aachen und des Frauenbundhauses in Essen-West ermöglicht.[12]

1908 war das Jahr, in dem eine wichtige Forderung der bürgerlichen Frauenbewegung und damit auch von Albertine Badenberg erfüllt wurde: Mit der Mädchenschulreform konnten nun auch Mädchen in Preußen Abitur machen und wurden an Universitäten zugelassen. 1908 war zudem das Jahr, in dem Fräulein Badenberg in den Vorstand des Frauenbunds gewählt wurde, für den sie am 3. März 1909 in Steele einen Zweigverein gründete, dem umgehend 180 Frauen beitraten.[13] Bis Mitte 1917 sollte es im gesamten Deutschen Kaiserreich 348 solcher Zweigvereine geben, nachdem im „September 1916 …überall eine lebhafte Propagandatätigkeit“ eingesetzt hatte.[14]

Wahlrechtsbewegung

Badenberg agierte für den Verein vor allem in schriftlicher Form und verfasste „Eingaben, Flugblätter … Broschüren“, die Themen wie Vereinsgesetzgebung, Versicherungswesen oder Alkohol behandelten. 1910 brachte sie einen Taschenkalender heraus, in dem sie über „den Stand der damaligen Frauenbewegung sowohl auf nichtkatholischer als auch auf katholischer Seite“ informierte. Da die katholischen Frauen „um die Zeit von 1911/12 … durch das Vorgehen der Stimmrechtsverbände wach geworden“ waren, diskutierten sie „ihrerseits ihre Haltung zu diesen Bestrebungen“. Viele hätten sich damals für das Frauenwahlrecht ausgesprochen, wobei sie ihre eigene Position in ihren Aufzeichnungen nicht konkret benennt.[15]

Eventuell teilte sie die Überzeugung vieler evangelischer Frauen, die im Deutschen Evangelischen Frauenbund organisiert waren und ein Frauenstimmrecht bei kirchlichen und kommunalen Gemeindewahlen forderten, jedoch die staatspolitische Gleichberechtigung im „Interesse des Vaterlandes“ ablehnten. Für diese Frauen war das politische Frauenstimmrecht angesichts der „innenpolitischen Verhältnisse und der noch vielfach mangelnden Reife der Frauen in absehbarer Zeit kein Segen für unser deutsches Volk“. Im Gegenteil: Sie sahen darin „eine im höchsten Grade bedenkliche Stärkung der staatsfeindlichen Parteien“.[16]

Das von Badenberg genannte Themenfeld „Vereinsgesetzgebung“ lässt vermuten, dass sie sich für den VdkL gegen das seit 1850 geltende Verbot der Mitgliedschaft von „Frauenspersonen“ – so das Gesetz – in politischen Vereinen aussprach. Wobei viele bürgerlichen Frauen nach Einschätzung der Historikerin Barbara von Hindenburg skeptisch waren, in den ausschließlich von männlichen Honoratioren besetzten Parteien mitzuwirken, die sich vor allem um den kommunalen Immobilienmarkt, die Infrastruktur und dergleichen kümmerten. Ihre eigenen Handlungsfelder, die im sozialen und karitativen Bereich lagen, konnten die engagierten Frauen besser außerhalb der Parteien verfolgen, sowie sie es bereits seit Jahrzehnten taten.[17]

Vermutet werden kann anhand ihrer Notizen, dass Badenberg vor 1918 das Frauenwahlrecht weder ablehnte noch befürwortete, stattdessen abwartete. Als ihr und allen Frauen ab 20 Jahren am 12. November 1918 vom sechsköpfigen Rat der Volksbeauftragten allerdings das Wahlrecht zugestanden wurde, stürzte sie sich – die seit 1917 das Generalsekretariat des Katholischen Frauenbundes in Köln leitete – beherzt in das politische Geschehen und mischte kräftig im Wahlkampf mit.

Engagement

Mit dem militärischen und politischen Zusammenbruch des Kaiserreichs sowie dem Ausbruch der Revolution standen alle Parteien vor der Aufgabe, sehr schnell einen Wahlkampf zu organisieren, denn von der Ausrufung des allgemeinen Wahlrecht für Männer und Frauen am 12. November 1918 bis zur ersten Wahl am 19. Januar 1919, es war die zur Nationalversammlung, lagen nur etwas mehr als acht Wochen. Kurz darauf, am 26. Januar 1919 folgten die Wahlen zur verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung und Anfang März erfolgte dann die dritte Wahl, die Wahlen für die Stadtverordnetenversammlungen. Es galt, 17,7 Millionen wahlberechtigte Frauen, die Mehrheit der Wählerschaft, für sich zu gewinnen.

Hedwig Dransfeld warnte Ende 1918 vor der drohenden Alleinregierung der Sozialdemokratie. Hoch pathetisch sprach sie von „der größten Not des Vaterlandes“ und von „der Schicksalswende unseres deutschen Volkes“. Die Frauen seien „zur entscheidenden vaterländischen Tat“ aufgerufen und das Frauenstimmrecht hätte „den Charakter einer tiefernsten Pflicht erhalten.“ Man brauche daher neben „willensfeste[n] Wählerinnen“ diejenigen, „die auch in der politischen Betätigung ein hehres Ziel vor Augen haben“. Das Zentrum mit seinem Leitsatz „Freie Entfaltung der Mitarbeit der Frauen bei dem Wiederaufbau und der Pflege des deutschen Volkslebens unter voller Auswertung der weiblichen Eigenart“ sei die zu wählende Partei, wobei die Frauen „als vollberechtigte Staatsbürgerinnen“ nun „so gut wie die Männer die Verantwortung für die gesamte äußere und innere Ordnung unseres Vaterlandes [zu]tragen“ hätten.[18]

Schaut man in die Quellen, so ist selbst 100 Jahre später noch die Aufgeregtheit der damaligen Zeit zu erspüren. In die ohnehin aufgeheizte Stimmung – hinter den Menschen lagen Kaiserreich, vier Jahre Krieg, große Entbehrungen (auch im Ruhrgebiet hatte es ab 1916 Hungertote gegeben), rückkehrende, zum Teil stark traumatisierte Soldaten, Frauen, die von jetzt auf gleich ihre Arbeitsplätze für die Männer räumen mussten und eine völlig ungewisse politische Zukunft – wirkte der Erlass von Johann Franz Adolph Hoffmann (USPD), der Ende 1918, Anfang 1919 preußischer Bildungsminister war, die kirchliche Schulaufsicht in Preußen abzuschaffen, höchst explosiv. Damit brachte er sowohl die Katholiken als auch die Protestanten gegen sich auf. Das Zentrum fand hierüber eine zündende Wahlkampfparole und die Deutschnationale Volkspartei wusste damit ihre protestantische Wählerschaft zu motivieren. So menetekelte das Westfälisches Volksblatt kurz vor der Reichstagswahl am 17. Januar 1919:

Wähler der Nationalversammlung
folgt ihr der Sozialdemokratie
dann droht der Kulturkampf!
dann entrechtet man die Kirche!
dann schließt man die Klöster!
dann hält Einzug die Simultanschule!
dann herrscht der Geist Adolf Hoffmanns![19]

Auch Albertine Badenberg erinnerte sich an diesbezügliche Diskussionen innerhalb des katholischen Milieus. Selbst katholische Politiker hätten „die katholischen Schulen aufgeben wollten“, und nur die Androhung des Frauenbundes, eine eigene Frauenpartei zu gründen, habe dies abwenden können.[20] „Durch die Schulung, die unsere Frauen im Laufe der Zeit erfahren hatten, wurde in unseren Reihen schnell begriffen, daß es im Wesentlichen von den Frauen abhängen würde, ob die neue Reichsverfassung christlich oder unchristlich sein würde. Im Westen organisierten wir eine Reihe geeigneter Persönlichkeiten, u. a. Studentinnen, die in zahlreichen Vorträgen die Frauen von der Notwendigkeit überzeugten, daß Wahlrecht auch Wahlpflicht sei. Ich glaube, man darf sagen, daß der Ausfall dieser Wahl im positiven Sinne ein Verdienst der Frauen gewesen ist. Männer wollten damals mutlos werden.“[21]

frauen
/ruhr/
geschichte

Das Wahlengagement von Albertine Badenberg und vieler bürgerlicher Frauen entsprang 1919 weniger dem Wunsch, Gleichheit in politischer und sozialer Hinsicht zu erlangen, wie es die SPD gefordert hatte, sondern dem Verlangen nach Aufrechterhaltung des klerikalen Einflusses. Und damit waren sie höchst erfolgreich, denn nicht nur in Steele errang das Zentrum mit 3.412 Stimmen und 18 Mandaten einen klaren Wahlsieg.[22] Unter den Abgeordneten waren zwei Frauen: Fräulein Josefine Hülsebusch und Frau Katharina Schröder, beide vom Zentrum. In der Stadt Essen waren von 102 Stadtverordneten acht Frauen von fünf Parteien, drei für das Zentrum.[23]

Einstieg in Parteipolitik und Landtag

Und Fräulein Albertine Badenberg? „Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918, als den Frauen die politische Laufbahn eröffnet wurde, habe ich mich intensiv in diese Arbeit hineingestellt. Ich gehörte nicht nur dem Verband der Zentrumspartei für den Kreis Essen, sondern auch dem Vorstand für die Rheinprovinz und weiter noch dem Gesamtvorstand der Zentrumspartei für Preußen an. 1924 wurde ich als Abgeordnete in den Preußischen Landtag gewählt, wo ich 8 Jahre bis 1932 als Abgeordnete verblieb. … Hauptsächlich interessierten mich dort Fragen der Schule, Fragen der Gleichberechtigung, der Gehälter der Männer und Frauen, wobei ich aber immer stets den Grundsatz vertreten habe, das gleiches Gehalt nicht schematisch verstanden werden dürfte.“ Badenberg hatte sich bereits 1919 zur Wahl stellen lassen, doch war sie auf Listenplatz 6 nicht gewählt worden.[24]

Albertine Badenberg, die 1955 für ihr ehrenamtliches Engagement den Bundesverdienstorden erhielt, die höchste Anerkennung, die die Bundesrepublik für Verdienste um das Gemeinwohl ausspricht, war vermutlich keine aktive Befürworterin des Frauenwahlrechts vor 1918, engagierte sich aber sofort im politischen Raum, als Frauen dies ab 1919 möglich war. 1912 hatte sie in einem sehr nüchternen Text über „Das neue Versicherungsgesetz für Angestellte“ gefordert, dass Frauen bei der Wahl der Vertrauensleute „entschlossen und geschlossen vorgehen“ sollten. Stünden sie hier abseits, würden sie vornherein eine wichtige Position preisgeben und auf Jahre hinaus auf allen Einfluss verzichten.[25]

Eins ist gewiss: auf gesellschaftspolitischen Einfluss hat Albertine Badenberg zeit ihres langen Lebens nicht verzichtet.

Susanne Abeck frauen/ruhr/geschichte

Abeck, Susanne, Albertine Badenberg (1865 – 1955), Version 1.0,
in: frauen/ruhr/geschichte, 27. 02. 2019
https://www.frauenruhrgeschichte.de/frg_biografie/albertine-badenberg-1865-1955/